unternehmer nrw

Mit Energie und Industrie auf die 1



Bild KI-generiert

Verband Druck+Medien NORDWEST

Wirtschaft auf die 1

NRW-LANDTAGSWAHL 2027



LAGE

Nordrhein-Westfalen ist industrielles Kernland – keine Frage:

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine außergewöhnlich breite und eng vernetzte industrielle Basis. Zu ihr gehören Branchen wie Chemie, Metall- und Elektro, Maschinenbau oder Papier, Grundstoffindustrien ebenso wie technologieorientierte Unternehmen sowie ein breiter industrieller Mittelstand. Das Besondere daran sind geschlossene, eng miteinander verflochtene Wertschöpfungsketten von der Grundstoffproduktion bis zur Weiterverbreitung in zahlreichen nachgelagerten Industriezweigen. Rund die Hälfte der Produktionsstandorte der deutschen Grundstoffindustrie befindet sich im Land. Energieintensive Branchen tragen weit mehr als ein Drittel zur industriellen Wertschöpfung unseres Landes bei.

Die Bedeutung der Industrie strahlt weit aus: Sie schafft gut bezahlte Arbeitsplätze, stößt Innovationen an und sichert Aufträge und Wertschöpfung in Zuliefererbetrieben, Logistik, Dienstleistungen, Handwerk und Forschung. Eigene industrielle Produktionskapazitäten in unserem Land stärken zugleich Resilienz und verringern Abhängigkeiten.

Aber: Diese industrielle Substanz steht erheblich unter Druck.

Das spiegelt sich in konkreten Zahlen wider: Seit 2018 ist die Produktion um 25 Prozent eingebrochen. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen ist seitdem um rund 123.000 zurückgegangen.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Hohe Steuern, Arbeits- und Energiekosten, zu viel Bürokratie und langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Unsicherheiten bei Flächen- und Infrastrukturplanung – um nur einige zu nennen. Hinzu kommt: Der internationale Wettbewerb ist rauer geworden, viele Industrieunternehmen müssen mit Blick auf die Dekarbonisierung bestehende Anlagen modernisieren und Produktionsprozesse umstellen. Zugleich findet der Umbau des Energiesystems statt.

Das Land hat mit verschiedenen Strategien und ersten Beschleunigungsmaßnahmen wichtige Zeichen für den Industriestandort gesetzt. Allerdings besteht bei der Umsetzung weiter erheblicher Handlungsbedarf.

Es gibt also noch einiges zu tun.



ZIEL

Nordrhein-Westfalen hat das Potenzial, weiterhin zu den führenden Industrie- und Investitionsstandorten Europas zu gehören – attraktiv für bestehende Unternehmen ebenso wie für industrielle Investitionen und neue Ansiedlungen.

Wo die Bedeutung von Industrie für Wohlstand, Arbeitsplätze, Innovation und Transformation fest in Politik und Gesellschaft verankert ist. Wo industrielle Investitionen und die dafür erforderlichen Infrastrukturen politische Rückendeckung und gesellschaftliche Akzeptanz genießen. Wo Politik, Verwaltung und Wirtschaft gemeinsam daran arbeiten, industrielle Wertschöpfung, Investitionen und Arbeitsplätze dauerhaft im Land zu sichern.

Wo Unternehmen in den Standort investieren, ihre Produktion modernisieren und neue Kapazitäten aufbauen können, weil sie verlässliche politische Rahmenbedingungen, wettbewerbsfähige Standortbedingungen und belastbare Perspektiven für ein langfristiges Engagement vorfinden.

Mit einer sicheren Energieversorgung und Energiekosten, mit denen Betriebe im internationalen Wettbewerb bestehen können. Wo Ziele mit gangbaren Wegen unterlegt sind und belastbare Ausbau- und Anschlussperspektiven bestehen – für erneuerbare Energien, Speicher und Stromnetze sowie Wasserstoff- und CO_2-Infrastrukturen. Damit Unternehmen ihre Transformation auf dieser Grundlage verlässlich planen und umsetzen können.

Wo Industrie- und Gewerbestandorte sich weiterentwickeln können, zusätzliche Flächen bedarfsgerecht verfügbar und bestehende Standorte schnell revitalisiert werden. Mit Planungs- und Genehmigungsverfahren, die schnell und verlässlich funktionieren. Mit einer heimischen Rohstoffgewinnung, die Abhängigkeiten verringert. Wo Investitionen nicht an vermeidbaren administrativen oder infrastrukturellen Hemmnissen scheitern.

Mit einer starken industriellen Basis, die weit über Nordrhein-Westfalen hinaus wirkt. Denn eigene Produktionskapazitäten, technologische Kompetenzen und belastbare Wertschöpfungsketten stärken Europas strategische Resilienz, verringern kritische Abhängigkeiten und erhöhen seine wirtschaftliche wie politische Handlungsfähigkeit.

Nordrhein-Westfalen verbindet so industrielle Wettbewerbsfähigkeit, erfolgreiche Transformation und die Erreichung der Klimaziele.



WEG

Die nächste Landesregierung hat es in der Hand, Nordrhein-Westfalen als einen der führenden Industriestandorte Europas weiterzuentwickeln. Und so gelingt das:

1. Industriepolitik verbindlich umsetzen

Nordrhein-Westfalen hat ein industriepolitisches Leitbild, das gemeinsam von Land, Wirtschaft und Gewerkschaften erarbeitet wurde. Hinzu kommen einige branchenspezifische Dialog- und Paktprozesse mit klaren Handlungsempfehlungen. Kurz: Es gibt kein Erkenntnisproblem. Wichtig ist, jetzt endlich stärker in die Umsetzung zu kommen. Die nächste Landesregierung muss aus diesen Grundlagen noch im Jahr 2027 ein verbindliches ressortübergreifendes Umsetzungsprogramm entwickeln. Das, was in der Hand des Landes liegt, ist in konkrete Maßnahmen zu überführen mit klaren Zuständigkeiten, Zeitplänen und überprüfbaren Meilensteine. Industriepolitische Ziele müssen sich in Energie-, Infrastruktur-, Flächen-, Bildungs-, Innovations-, Umwelt- und Genehmigungspolitik widerspiegeln. Ein jährlicher Umsetzungscheck mit Wirtschaft und Sozialpartnern muss Fortschritte und Verzögerungen transparent machen. Entscheidend ist nicht die Zahl neuer Strategien, sondern ihre Wirkung: mehr private Investitionen, industrielle Wertschöpfung, Innovation und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. (Wirtschafts-)politische Entscheidungen müssen sich an ihrem Beitrag zur Stärkung des Industriestandorts messen lassen.

2. Energiekosten wettbewerbsfähig gestalten

Die Industrie braucht international konkurrenzfähige Energiekosten. Nicht irgendwann, sondern jetzt. Viele politische Hebel dafür liegen bei EU und Bund, aber einige auch im Land. Die nächste Landesregierung muss diese Hebel konsequent nutzen; Netze und Netzanschlüsse sind schneller auszubauen, Erzeugung, Speicher und Flexibilität systemisch aufeinander abzustimmen und Direktversorgung sowie langfristige Stromlieferverträge zu erleichtern. Zugleich muss sich das Land gegenüber Bund und EU stark machen für: dauerhaft wettbewerbsfähige Netzentgelte, eine wirksame Strompreiskompensation, einen praxistauglichen Industriestrompreis und sinnvollen Beihilferahmen. Entlastungen müssen endlich auch den energieintensiven industriellen Mittelstand erreichen. Maßstab jeder energiepolitischen Entscheidung müssen die Gesamtkosten des Energiesystems und ihre Auswirkungen auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit sein. Nur so können Produktion, Transformation und Investitionen am Standort gesichert werden.

3. Versorgungssicherheit gewährleisten

Bei der Energieversorgung darf nicht auf Risiko gespielt werden. Nordrhein-Westfalen braucht auch bei wachsender Stromnachfrage jederzeit ausreichend gesicherte Leistung. Die nächste Landesregierung muss den Ausbau erneuerbarer Energien mit Speichern, Flexibilität und steuerbarer Erzeugung zu einem verlässlichen Gesamtsystem verbinden. Ausstiege müssen mit rechtzeitigen Einstiegen in neue gesicherte Kapazitäten einhergehen. Konkret heißt das insbesondere: Der Zeitpfad des Braunkohleausstiegs muss sich an der tatsächlichen Verfügbarkeit ausreichend gesicherter Ersatzkapazitäten orientieren. Für steuerbare und wasserstofffähige Kraftwerke sind geeignete Standorte frühzeitig planerisch vorzubereiten und Genehmigungsverfahren konsequent zu beschleunigen. Bereits eingeleitete Maßnahmen müssen mit maximalem Tempo fortgeführt und intensiviert werden. Entscheidend ist nicht, welche Kapazitäten angekündigt oder geplant sind, sondern welche tatsächlich einsatzbereit zur Verfügung stehen.

4. Genehmigungsturbo zünden

Die Dauer von Genehmigungsverfahren muss vom Standortnachteil zum Standortvorteil werden. Wer investieren möchte, darf nicht durch zu lange und komplexe Genehmigungsprozesse ausgebremst werden. Verfahrenshemmnisse dürfen nicht länger Investitionshindernis sein, Verfahren gehören auf die Überholspur. Die nächste Landesregierung muss daher im ersten Regierungsjahr ein wirksames Beschleunigungspaket für industrielle Genehmigungen umsetzen. Hier kann ein Fokus auf Modernisierungs- und Transformationsprozesse gesetzt werden. Insgesamt darf es aber keine Zwei-Klassen-Gesellschaft und keine Beschleunigung nur für vermeintlich gute Vorhaben geben. Landeseigenes Verfahrensrecht und materielle Anforderungen – unter anderem im Umweltrecht – sind auf Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale zu überprüfen und konsequent anzupassen. Verfahren müssen stärker digitalisiert, standardisiert und im Vollzug auf schnelle Entscheidungen ausgerichtet werden. Bundes- und EU-Recht sind ohne zusätzliche Landesanforderungen umzusetzen. Wo entscheidende Hemmnisse im Bundesrecht liegen, muss Nordrhein-Westfalen den Bundesrat für ambitionierte Beschleunigungsmaßnahmen nutzen.

5. Flächenbedarf decken

Industrielle Modernisierung, Erweiterungen und Neuansiedlungen dürfen nicht am Mangel an verfügbaren Flächen oder jahrelangen Planungsverfahren scheitern. Unternehmen benötigen – neben ausreichend verfügbaren und baureifen Flächen – vor allem verlässliche und rechtssichere planerische Grundlagen. Die nächste Landesregierung muss deshalb zügig Rechts- und Planungssicherheit im Landesentwicklungsplan und in der Regionalplanung herstellen. Starre Flächenverbrauchsziele sind unwirksame Instrumente aus der Vergangenheit, mit denen die Zukunft nicht gestaltet wird. Flächen-Planungen sind langfristig an den Bedarfen von Industrie und Gewerbe sowie notwendiger Infrastruktur und Rohstoffversorgung auszurichten. Bestehende Industrie- und Gewerbestandorte müssen gesichert, geeignete Entwicklungsflächen ermöglicht und heimische Rohstoffvorkommen bedarfsgerecht planerisch gesichert werden. Brach- und Altstandorte sind schneller zu revitalisieren.

6. Klimapolitik planbar gestalten

Ziele brauchen machbare Wege. Und Unternehmen benötigen langfristig verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Modernisierung und Klimaneutralität. Die nächste Landesregierung muss daher strikt auf zusätzliche landesspezifische Klimaziele, Zwischenziele und sektorale Verschärfungen verzichten. Vielmehr muss sie sich auf die Umsetzung der bestehenden Klimaziele konzentrieren und Wege eröffnen, damit die Ziele auch erreicht werden können, etwa im Planungsrecht oder bei den Energieinfrastrukturen. Vorgaben von Bund und EU sind pragmatisch und ohne zusätzliche Belastungen umzusetzen. Gegenüber Bund und EU muss sich Nordrhein-Westfalen zugleich für eine realitätsgerechte Weiterentwicklung des Emissionshandels einsetzen, die Carbon Leakage wirksam verhindert und Transformationsanforderungen an die tatsächliche Verfügbarkeit wettbewerbsfähiger klimaneutraler Technologien und Infrastrukturen koppelt. Regulierung muss technologieoffen, praxistauglich und mit den Investitionszyklen der Unternehmen vereinbar sein. Nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen lassen sich Klimaschutz, industrielle Transformation und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Nordrhein-Westfalen dauerhaft miteinander verbinden.

7. Energie- und Wärmestrategie umsetzen

Eine zukunftsfähige Energie- und Wärmeversorgung entsteht nicht auf dem Papier, sondern durch konsequente Umsetzung. Die Energie- und Wärmestrategie legt den Rahmen dafür fest, wie Nordrhein-Westfalen seine Energieversorgung zukunftsfähig ausrichtet und die Wärmeversorgung klimaneutral gestaltet. Mit der Strategie liegen zentrale Leitlinien vor – jetzt muss die Umsetzung konkret werden. Maßnahmen, Zuständigkeiten und verbindliche jährliche Meilensteine sind festzulegen und Fortschritte regelmäßig transparent zu überprüfen. Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaneutralität müssen dabei gleichrangig berücksichtigt werden. Die Bedarfe von Industrie und Mittelstand sind systematisch einzubeziehen. Die angekündigte Infrastruktur und energiepolitische Maßnahmen müssen rechtzeitig verfügbar und umgesetzt werden, damit Unternehmen belastbare Grundlagen für langfristige Investitionsentscheidungen erhalten.

8. Energieinfrastrukturen vorausschauend planen

Ohne Infrastruktur keine Investition – das gilt auch und gerade für Energie. Industrielle Investitionen brauchen frühzeitig Klarheit, wann und wo Energieinfrastrukturen verfügbar sein werden. Die nächste Landesregierung muss deshalb die künftigen Bedarfe von Industrie und Energiewirtschaft systematisch in seine Standort-, Flächen- und Infrastrukturplanung einbeziehen und die Planungen für Strom-, Wasserstoff- und CO_2-Infrastrukturen enger miteinander verzahnen. Infrastrukturbetreiber, Unternehmen und öffentliche Planungsträger sind frühzeitig zusammenzubringen, um Infrastruktur- und Unternehmensinvestitionen zeitlich und räumlich aufeinander abzustimmen. Leitprinzip muss sein: Die notwendige Energieinfrastruktur muss der industriellen Transformation vorausgehen – nicht erst auf Investitionsentscheidungen reagieren. Denn eine vorausschauende Infrastrukturplanung schafft Investitionssicherheit, vermeidet Engpässe und stärkt die langfristige Entwicklung industrieller Standorte.

9. Stromnetze ausbauen

Wer Elektrifizierung möchte, muss die Voraussetzungen dafür schaffen. Klar ist: Elektrifizierung und neue industrielle Anwendungen erhöhen Strombedarf und Anschlussleistung erheblich. Nordrhein-Westfalen muss gemeinsam mit den Netzbetreibern den Netzausbau beschleunigen und die Digitalisierung der Netze vorantreiben, um bestehende Kapazitäten besser auszuschöpfen und zusätzliche Bedarfe frühzeitig abzudecken. Netze, Umspannwerke und Netzanschlüsse müssen vorausschauend an den industriellen Bedarfen ausgerichtet werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie Netzanschlussprozesse müssen deutlich schneller werden. Investitionen in Elektrifizierung, neue Produktionsverfahren oder zusätzliche industrielle Wertschöpfung dürfen nicht an fehlenden Netzkapazitäten scheitern.

10. Wasserstoffhochlauf beschleunigen

Wer auf Wasserstoff setzt, muss Erzeugung, Import und Verteilung zusammendenken. Wasserstoff bleibt insbesondere für schwer elektrifizierbare Anwendungen unverzichtbar. Die künftige Landesregierung muss den Aufbau von Leitungs-, Verteil- und Speicherinfrastrukturen beschleunigen, Genehmigungen vereinfachen und industrielle Bedarfe in die Netz- und Bundesplanung einbringen. Grenzüberschreitende Importkorridore und insbesondere die Anbindung an die ARA-Häfen sind konsequent voranzutreiben. In Nordrhein-Westfalen liegen die Industrieregionen vor allem im ländlichen Raum. Deshalb müssen auch diese Standorte außerhalb der ersten Kernnetzleitungen frühzeitig berücksichtigt werden, damit schrittweise eine belastbare Versorgungsperspektive für die industrielle Transformation entsteht.

11. Prozesswärme technologieoffen ermöglichen

Die Umstellung industrieller Prozesswärme auf klimafreundliche Alternativen ist ein zentraler Baustein der Transformation und stellt je nach Produktionsverfahren sehr unterschiedliche Anforderungen. Damit es in der Praxis funktioniert, gilt es, regulatorische Hürden abzubauen, Genehmigungen zu beschleunigen und die erforderliche Infrastruktur sowie passgenaue Förderung bereitzustellen. Statt Unternehmen auf einzelne Technologien festzulegen, muss die Politik alle geeigneten Lösungen ermöglichen – von elektrischer Prozesswärme über Wasserstoff bis zu weiteren klimaneutralen Verfahren. Entscheidend ist, dass Investitionen technisch machbar, wirtschaftlich tragfähig und international wettbewerbsfähig sind.

12. CO_2-Infrastruktur aufbauen

Ohne praxistaugliche CO_2-Infrastruktur fehlen der Industrie wichtige Transformationsoptionen. Für prozessbedingte und technisch unvermeidbare Emissionen braucht die Grundstoffindustrie verlässliche Lösungen. Die nächste Landesregierung muss die Carbon-Management-Strategie in konkrete Infrastruktur überführen, die Anbindung industrieller Standorte an überregionale CO_2-Transportnetze ermöglichen und Kooperationen mit geeigneten Speicherregionen vorantreiben. Planung, Genehmigung und Investitionsbedingungen müssen entlang der gesamten Kette von Abscheidung, Transport, Nutzung und Speicherung verlässlich ausgestaltet sein. Zugleich muss Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Bund auf tragfähige Rahmenbedingungen für Absicherung und Finanzierung des Infrastrukturaufbaus drängen. Carbon Management darf nicht an fehlender Infrastruktur, ungeklärter Finanzierung oder politischer Zurückhaltung scheitern.

13. Kreislaufwirtschaft und Rohstoffgewinnung stärken

Eine sichere Rohstoffversorgung braucht Kreislaufwirtschaft und heimische Rohstoffe. Transformation, Wohnungsbau und der Ausbau erneuerbarer Energien sowie Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur erhöhen den Rohstoffbedarf erheblich. Die nächste Landesregierung sollte deshalb gemeinsam mit Wirtschaft und Verbänden eine integrierte Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen entwickeln, die heimische Primärrohstoffe, Kreislaufwirtschaft und innovative Baustoffe zusammendenkt. Genehmigungen für Gewinnungs-, Recycling- und Aufbereitungsanlagen müssen beschleunigt und technologieoffene Rahmenbedingungen für den Einsatz von Sekundärrohstoffen geschaffen werden. Zugleich sind heimische Rohstoffvorkommen langfristig, bedarfsgerecht und verbindlich in Landes- und Regionalplanung zu sichern. Wer Importabhängigkeiten reduzieren und die industrielle Wertschöpfung in NRW sichern will, muss Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln und heimische Rohstoffgewinnung langfristig ermöglichen.

14. Transformationsförderung wirksam bündeln

Förderung ersetzt keine guten Rahmenbedingungen. Sie kann aber starke Impulse setzen und Anreize für private Investitionen schaffen. Die industrielle Transformation erfordert erhebliche private Investitionen. Damit diese von Förderung angestoßen werden, muss die nächste Landesregierung die bestehenden Förder- und Unterstützungsangebote spätestens bis zur Mitte der Legislaturperiode vereinfachen, bündeln und konsequent auf ihre Investitionswirkung ausrichten. Antrags-, Nachweis- und Abrechnungsverfahren sind zu vereinheitlichen und bürokratische Hürden abzubauen. Förderangebote müssen technologieoffen, transparent und auch für den industriellen Mittelstand zugänglich sein. Förderung soll Wettbewerbsnachteile des Standorts NRW ausgleichen, statt durch enge Förderbedingungen zusätzliche Hürden für Investitionen zu schaffen. Es ist höchste Zeit für Instrumente, die Modernisierung und Dekarbonisierung unterstützen sowie den Transfer, die Erprobung und die industrielle Skalierung innovativer Technologien beschleunigen. Öffentliche Angebote müssen private Transformationsinvestitionen gezielt unterstützen.

15. Rheinisches Revier als Industriestandort stärken

Das Rheinische Revier hat viel zu bieten – Flächen, Energieinfrastrukturen, Fachkräfte. Der Strukturwandel muss diese Chancen nutzen, damit das Revier ein starker Industriestandort bleibt für Investitionen, Wertschöpfung und Beschäftigung. Die nächste Landesregierung muss Strukturmittel schneller auf wachstums- und investitionswirksame Vorhaben ausrichten und ihren Erfolg an privaten Folgeinvestitionen, gesicherten und neuen Arbeitsplätzen sowie zusätzlicher Wertschöpfung messen. Bestehende Industrie- und Energiestandorte sind gezielt weiterzuentwickeln. Vorhandene Kraftwerksstandorte, Netzanschlüsse und Energieinfrastrukturen müssen genutzt werden, um neue wasserstofffähige Kraftwerke mit gesicherter Leistung zu ermöglichen. Die Entwicklung des Rheinischen Reviers muss dabei Teil einer industriepolitischen Gesamtstrategie für ganz Nordrhein-Westfalen bleiben und darf nicht zu Lasten anderer Industrieregionen gehen.

Düsseldorf im November 2026



unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.

Uerdinger Straße 58 - 62
40474 Düsseldorf

Telefon: (0211) 45 73 - 0
E-Mail: info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw